

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwlirn

Telefon: (02 28) 21 90 33/39
Telex: 9 86 846 ppbn d

Inhalt

Horst Peter MdB wirft dem scheidenden Familienminister Heiner Geißler vor, sich mit seinem Feldzug gegen die „neue Armut“ selber ad absurdum zu führen.

Seite 1

Dokumentation:

Heinz Putzrath, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, über die Aktualität der Nürnberger Rassegesetze für unsere Zeit.

Seite 5

40. Jahrgang / 180

20. September 1985

Wer anderen eine Grube gräbt...

Mit seinem Feldzug gegen die „neue Armut“ überführt Dr. Geißler sich selbst des Schwindels

Von Horst Peter MdB

Nach dem Kongreß zur „neuen Armut“ überzog Dr. Geißler, der scheidende Familienminister, den Kongreßveranstalter DGB mit dem Vorwurf, dieser sei die stärkste Hilfstruppe der Sozialdemagogie. Die „neue Armut“-These erklärte Dr. Geißler zum „größten aufgelegten sozialdemokratischen Schwindel, den es je in der Vergangenheit gegeben hat“.

Mit seinem Feldzug gegen den Begriff „neue Armut“ verspielt Dr. Geißler den letzten Rest an Glaubwürdigkeit und Reputation als Sozialpolitiker. Diese hatte er sich doch abseits seiner Eskapaden als CDU-Propagandasekretär und neuerdings als Familienminister erworben.

Denn: Niemand anderes als Dr. Geißler selbst hat die „neue Armut“ erstmals beschrieben. In seinem Buch über die neue soziale Frage, erstmals 1976 erschienen, führt er den „empirischen Beweis“ für die Existenz der neuen Armut (Seite 26 ff).

An dieser Stelle muß es jedem etwas schwindelig werden. Entweder:

- die neue Armut existiert und Dr. Geißler ist es damals gelungen, den empirischen Beweis zu führen. Dann tritt Dr. Geißler jetzt als Schwindler hervor, wenn er sagt, die neue Armut existiere nicht, sie sei nur ein sozialdemokratischer-sozialdemagogischer Schwindel,

oder

- die neue Armut existiert nicht. Dann fällt auf Dr. Geißler der gegen die SPD erhobene Vorwurf, dies sei ein Schwindel, auf ihn, der die neue Armut damals empirisch bewiesen, entdeckt und jetzt den damit verbundenen Schwindel aufgedeckt hat, zurück, denn es ist dann sein Schwindel-Versuch, den er jetzt der Öffentlichkeit aufdeckt.

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Zeitschriften-Verleger
mit dem neuen Fachregister
Registrieren Sie sich



In seinem Vorwurf gegenüber der SPD und den Gewerkschaften gesteht er ein, ein Schwindler zu sein. Es ist quasi eine Selbstbezeichnung. Schwierig wird die Einschätzung für die Öffentlichkeit deshalb, weil Dr. Geißler damals mit unumstößlichen Daten, unter anderem der Statistiken des zuständigen Bundesamtes gearbeitet hat.

Zurück zum Kern des Problems. Es geht nicht um die Legitimationsprobleme des Dr. Geißler, es geht um die Menschen, die unter den Begleiterscheinungen des real existierenden Kapitalismus zu leiden haben. Wieder einmal handeln CDU-Politiker nur machttechnisch. Den wirklichen Problemen der Menschen stehen sie gleichgültig gegenüber. Davon wollen sie sich ihre Lebensfreude nicht verderben lassen. Nicht die Probleme sollen gelöst werden, es kommt nur darauf an, sie den Betroffenen so zu erklären, daß sie sie akzeptieren. Das ist der Kampf um die Köpfe und Begriffe.

Deshalb ist gegenwärtig nicht die Arbeitslosigkeit die Hauptsorge der Bundesregierung, in der Arbeitslosenstatistik sieht die Bundesregierung ihren Hauptfeind. Deshalb bekämpfen Dr. Geißler und Dr. Blüm, der Pulcinello des Kabinetts, nicht die Armut in der Bundesrepublik, sie bekämpfen die Beschäftigung der Öffentlichkeit mit der Armut. Sie wollen verhindern, daß die Öffentlichkeit, die bundesdeutsche Gesellschaft zum Bewußt-Sein der neuen Armut gelangt.

Dabei ist den Machtstrategen kein Trick mies genug - wie die Vergangenheit christdemokratischer Regierungen hinlänglich beweist -, selbst die Beschädigung ihrer Persönlichkeit nehmen sie in Kauf, wenn es der Machterhaltung dient.

Am Vorwurf, der DGB sei die stärkste Hilfstruppe der Sozialdemagogie, läßt sich die Technik der Geißlerschen Propaganda eindrucksvoll illustrieren und nachvollziehen. Die Behauptung, Dr. Geißler setze bei diesem Wortgebrauch nicht auf die Lautverwandtschaft von Sozialdemagogie-Sozialdemokratie, dürfte keine Unterstellung sein.

Zu den „literarischen“ Fakten bei Dr. Geißler:

Er übernahm 1976 für die politisch-öffentliche Diskussion die „Marginalisierungs“-These der Sozialwissenschaften, die besondere Notlage der nichtorganisierten und nichtvertretenen sozialen Minderheiten. Diesen Prozeß vollzieht heuer die CDU-geführte Regierung mit einer Politik, die auf Ausgrenzung, Isolation und Individualisierung zielt, die zur Zweidrittel-Gesellschaft führt.

Was 1976 propagandistisches Spielmaterial der CDU gegenüber der sozialliberalen Koalition war, ist jetzt strategische Kalkulation und politisches Credo der christ-liberalen Regierung.

So schrieb Dr. Geißler 1976: „Dabei haben die Regierenden weitgehend vergessen, daß der Arbeitnehmer, wenn er verheiratet ist und Kinder hat, von Lohn, und zwar von dem Lohn, den er am Arbeitsplatz aufgrund seiner Leistung erzielt, allein nicht leben kann. Er ist auf Sozialeinkommen angewiesen, also zum Beispiel auf Familienlastenausgleich in Form von Kindergeld, Wohngeld, Ausbildungsförderung...“

Wie sah nun die Familienpolitik unter der Regie von Dr. Geißler aus: „Sie ist auf wirtschaftlichem Gebiet sogar eindeutig schlechter als die der sozialliberalen Koalition“, so Dietrich Simon, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen. „Minuspunkte gebe ich der Regierung vor allem deshalb, weil Familien gegenwärtig nicht entlastet, sondern belastet werden“, so die designierte Nachfolgerin Dr. Geißlers als Familienminister, Rita Süßmuth, Vizepräsidentin des Familienbundes der Deutschen Katholiken. Auch die Zahlen, die die gnadenlose Politik der Umverteilung und der Bereicherung der Reichen beweisen, sprechen eine eindeutige Sprache.

Weiter Dr. Geißler: „In der Bundesrepublik gibt es wieder bittere private Armut. 5,8 Millionen Menschen in 2,2 Millionen Haushalten verfügen nur über ein Einkommen, das unter dem Sozialhilfeniveau liegt. Es handelt sich dabei nicht um ‚Gammler, Penner und Tüppelbrüder‘, sondern um 1,1 Millionen Rentnerhaushalte mit 2,3 Millionen Personen, 600.000 Arbeiterfamilien mit



2,2 Millionen Personen, 300.000 Angestellten-Haushalte mit 1,2 Millionen Personen. Die eigene Sprachlosigkeit der Armen darf nicht dazu führen, daß sie der öffentlichen Aufmerksamkeit (!) entzogen werden, ohne die in der Massendemokratie wenig geschieht. Die Armut in unserer Gesellschaft existiert, jedoch oft verschämt und versteckt. Die Zahl der Personen, deren Einkommen unter den Bedarfssätzen der Sozialhilfe liegt, ist etwa siebenmal so groß wie die Zahl der Empfänger, die tatsächlich laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten."

Die CDU-geführte Regierung ist mit dem erklärten Anspruch angetreten, dies erst einmal so zu belassen. Es hat sich also nichts zum Guten für die Betroffenen gewendet.

Dr. Geißler 1976: „Armut und soziale Isolierung befinden sich in einem Kreislauf. Wer arm ist, verliert den sozialen Anschluß, und wer den Anschluß verliert, ist arm.“ Darum gibt es seitens der Bundesregierung zum Beispiel keinen Vorschlag, wie das Modellprogramm Psychiatrie weitergeführt werden soll.“ Und außerdem aus derselben Feder: „Nun ist klar, daß die Zahl der ‚Armen‘ um so größer ist, je höher das ‚Armutsniveau‘ angesetzt wird. Die ‚Armen‘ des 19. Jahrhunderts oder auch der Entwicklungsländer, aber auch vieler ‚sozialistischer‘ Länder wären froh, wenn sie über das Einkommen unserer Armen verfügen. (...) Jede Armutsdefinition muß jedoch relativ sein, bezogen auf die jeweilige Gesellschaft. Unsere Armen sind nicht in Indien und nicht in der Sowjetunion, sie sind auch nicht im 19. Jahrhundert arm, sie sind es hier und jetzt, in der Bundesrepublik Deutschland, im 20. Jahrhundert. Im Verhältnis zur übrigen Gesellschaft sind sie Entrechtete, und dies vor allem im Hinblick darauf, was bei einer richtigen Politik erreicht hätte werden können.“

Sein Kabinettskollege bestreitet mit dieser These 1985 ein Interview. Dr. Blüm fordert, mit dem Begriff Armut solle man „in unseren Breitengraden“ sehr vorsichtig umgehen. Was Armut bedeutet, könne man sich in der Dritten Welt ansehen. Wer sind nun die Hauptbetroffenen der Armut nach Dr. Geißler 1976? - „Weibliches Geschlecht, Alter und Kinderreichtum sind die heutigen Merkmale der Armut. (...) Kein Bürger der Bundesrepublik Deutschland ist heute deshalb arm, nur weil er Arbeiter ist, sondern er ist zum Beispiel arm, wenn er Arbeiter ist und Kinder hat oder alt geworden ist oder unter die Leichtlohngruppen fällt. (...) Welche Sozialanalysen man auch immer zur Hand nimmt, fast immer sind es Alte, Frauen und kinderreiche Familien, die unterprivilegiert sind.“ Man muß annehmen, daß Dr. Geißler durch seine Doppelbelastung als Propagandasekretär der CDU und Familienminister gehindert wurde, seit dem 1. Oktober 1982 einmal eine Sozialanalyse in die Hand zu nehmen, egal welche.

Noch einmal zurück zu Dr. Blüm. Dieser sieht in der Arbeitslosigkeit „eine schlimme materielle Einbuße, aber kein Massenelend“. Die Zahlen: 742.200 Arbeitslose erhalten durchschnittlich 973 DM Arbeitslosengeld, 604.200 Arbeitslose erhalten durchschnittlich 800 DM Arbeitslosenhilfe. 900.000 Menschen bekommen nichts vom Arbeitsamt. Die Arbeitslosigkeit beträgt heute im Durchschnitt 11,6 Monate, bei den über 50jährigen schon 16,5 Monate. 1975 erhielten 80 Prozent Arbeitslosengeld, heute nur noch 55 Prozent. Damals gab es aber nur 1,1 Millionen Arbeitslose.

Wie sich nun Arbeitslosigkeit auswirkt und wie unsere Gesellschaft damit umgeht, untersuchte das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport des Landes Rheinland-Pfalz in einer „Dokumentation zur wirtschaftlichen Lage von Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland“ mit dem programmatischen Titel „Begleiter der Arbeitslosigkeit: Abstieg und Armut“. Diese Studie legte Dr. Geißlers Nachfolger im Mainzer Amt, Dr. Gölter, vor, aber sie dürfte Dr. Geißler und Dr. Blüm bekannt sein. Vielleicht wurde diese Studie auch noch von Dr. Geißler selbst angeregt, knüpft doch die Untersuchung „bewußt an die Dokumentationen von Heiner Geißler zur Armut im Wohlfahrtsstaat an“.

Beklagt wird die „Gewöhnung an die Massenarbeitslosigkeit“, die „Strategie der Verharmlosung“. Immer häufiger werde „Arbeitslosigkeit als Problem der Drückebergerei dargestellt“. Arbeitslosigkeit werde „als organisatorisches Problem der Bundesanstalt für Arbeit angesehen“. Das wirtschaftspolitische Ziel der Vollbeschäftigung werde in Frage gestellt.

Zuvor zumindestens sei jedoch die „Solidarität mit den Arbeitslosen... noch ungebrochen gewesen, von Drückebergern war noch nicht die Rede. Noch hatten keine Versuche stattgefunden, den Ruf der Arbeitslosen zu untergraben, um ihn dann nicht als Opfer, sondern als Ursache der Beschäftigungslage hinzustellen.“

Die Äußerungen von Koalitionspolitikern, die genau so verfahren, sind inzwischen Legion. Der Kampf gegen die Arbeitslosenstatistik, der ungeheuerliche Versuch, zwischen Arbeitslosen, die würdig sind, in der Statistik zu erscheinen, und denen, die kein Anrecht darauf haben, zu unterscheiden, ist der letzte Versuch in diesen Tagen. Aber auch Dr. Geißler sieht zum Beispiel in der nicht ausreichenden Qualifikation der Arbeitslosen eine der wichtigsten Ursachen der Arbeitslosigkeit. Und der bundeskanzlernde Dr. Kohl sieht Vollbeschäftigung nicht als Ziel einer staatlichen Veranstaltung.

Und diese Studie räumt mit der inzwischen auch von Dr. Blüm verkauften Vorstellung auf, die Arbeitslosigkeit sei „für den einzelnen mehr ein psychologisches als ein finanzielles Problem“. „Mit der Dauerarbeitslosigkeit aber haben sich die Schwierigkeiten verstärkt, kurzfristiger Verzicht auf Konsumausgaben, vorübergehende Einschränkungen im Lebensstil und der Rückgriff auf die meist geringen Ersparnisse sind keine Lösung mehr. Die Probleme des einzelnen Arbeitslosen gewinnen eine neue Dimension.“ Dazu zählt auch, daß „sich die psychischen und sozialen Probleme der Arbeitslosen gegenüber der Untersuchung vor drei Jahren (1974) vervielfacht haben müssen.“ Dr. Geißler und Dr. Blüm sind aufgerufen, einmal auszurechnen, ob sich die Probleme der Arbeitslosen nach zehn Jahren Dauerarbeitslosigkeit nicht nochmals vervielfacht haben.

Vielleicht findet Dr. Geißler, wenn er sich jetzt auf sein Amt als Propagandasekretär der CDU beschränkt, einmal Muße, sich auf seine Zeit als Sozialpolitiker zu besinnen. Seiner Nachfolgerin im Amt, die die Politik ihres Vorgängers so harsch kritisiert hat, ist zu wünschen, daß sie die Kraft hat, zu ihren Worten zu stehen. Dr. Geißler ist dies nicht gelungen. Als Familienminister und Sozialpolitiker wird Dr. Geißler nicht in die Annalen eingehen.

Wie und warum er sein Amt als Familienminister gehandhabt hat, beschrieb Dr. Geißler bereits 1976: „Der Sozialstaat, der sich als unfähig erweist, den objektiven und subjektiven Gründen der Deprivationen und Frustrationen wirksam zu Leibe zu rücken, gerät unvermeidlich in eine Legitimationskrise.“ Gerade bei den Armen sei eine „Fähigkeit der Selbstabschirmung besonders ausgeprägt“, dies sei jedoch „keine dauernde Garantie für Ruhe“, denn „das Unruhepotential schlummert“.

Der Sinn seiner propagandistischen Anstrengungen ist der Bruch der „Solidarität der Öffentlichkeit mit den Arbeitslosen“, das „Arrangieren mit der Krise“ (so die rheinland-pfälzische Studie), die Bewahrung der „Fähigkeit der Selbstabschirmung“ der Armen, damit das „Unruhepotential“ weiterhin schlummert. Bis jetzt hat Dr. Geißler als Propagandasekretär der CDU gute Arbeit geleistet.

(-/20.9.1985/vo-he/rs)

+ + +



DOKUMENTATION

Heinz Putzrath: Die Vergangenheit läßt sich nicht mit Kranzniederlegungen bewältigen

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, Heinz Putzrath, eröffnete am Freitag in Bonn das zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen veranstaltete Forum zum 5o. Jahrestag der Nürnberger Rassengesetze. Wir dokumentieren seine Ausführungen im Wortlaut:

Das Bild ist oft beschrieben worden: der SS-Arzt Dr. Mengele steht an der Rampe in Auschwitz und selektiert. An ihm ziehen Männer, Frauen und Kinder vorbei. Sie sind nackt. Mengele sucht Opfer zum Experimentieren. Er braucht sie, um für das Institut für Rassenbiologie in Berlin die Eigenschaften sogenannter „Untermenschen“ festzuhalten. Und Untermenschen waren für ihn alle, die nicht den Wahnsinnsvorstellungen der Nazis von der arischen Rasse entsprachen, insbesondere Juden und Zigeuner. Aber auch körperlich Schwache und Behinderte wurden ausgesondert. So ist Mengele wie Heydrich, Himmler und Eichmann zur Personifizierung einer Mordmaschinerie geworden, die zur Ideologie und Praxis der Nazis gehörte. Zielstrebig verfolgte man die Ausrottung dieser sogenannten Volksschädlinge. Niemals machte man einen Hehl daraus.

Trotzdem glaubten die meisten Menschen wohl nicht, daß der verkündeten Theorie die Tat folgen werde, ja, daß dies bei einem Volk wie den Deutschen möglich sein würde. Das Ausland war fast bis zum Ausbruch des Krieges geneigt, die Taten der Nazis als übertrieben und als Propaganda der Emigranten darzustellen. Man täuschte sich. Im nationalsozialistischen Deutschen Reich bekam der rassistisch begründete Antisemitismus Anerkennung, Duldung, wenn nicht Zulauf. Er steigerte sich von den Aufrufen zum Boykott jüdischer Geschäfte im April 1933 bis zu den Vernichtungslagern, denen Millionen zum Opfer fielen.

Die Einmaligkeit des geplanten und mit technischer Perfektion durchgeführten Völkermords an den Juden ist eine Tatsache. Daß dennoch einige wenige den Holocaust überlebten, ist nicht das Verdienst der Mörder. 4o Jahre dauerte es, bis man mit einiger Wahrscheinlichkeit vom Tode des Rassenfanatikers Mengele überzeugt sein kann. Bis zuletzt fehlte ihm das, was die Juristen als „Unrechtsbewußtsein“ bezeichnen. Damit stand und steht er nicht allein. Es muß viele Helfer gegeben haben, die ihn 4o Jahre lang unterstützt und in seinen Auffassungen bestärkt haben. Sie leben unter uns und stellen unsere Gesellschaft, unseren demokratischen Staat nach wie vor die Aufgabe, den Bazillus der völkischen Überheblichkeit mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Deshalb erinnern wir heute an die Nürnberger Rassegesetze, die am 15. September 1936 den Schein der Legalität erhielten. Es ist auch heute noch schwer, das Ausmaß dessen zu begreifen, was im Dritten Reich geschah. Nur wenn man die Leichenberge in Einzelschicksale aufteilt, kommt man dem Begreifen näher. Doch dieses Verständnis allein wäre zu wenig. Es ist bestenfalls die Voraussetzung für die Entschlossenheit, den Anfängen eines neuen Rassismus bei uns zu wehren. Er kann sich in vielfältiger Form äußern, denn mit der Niederlage des Nazi-Regimes ist er keinesfalls ausgerottet, weder bei uns noch in anderen Teilen der Welt.

Der Neonazismus, der in der Bundesrepublik im Wachsen ist, erhält gewollt oder ungewollt Auftrieb durch Haltungen und Bewertungen deutsch-nationaler Prägung, die alle Demokraten mit Sorge er-



füllen müßten. Der Ablauf von NS-Prozessen mit ihren oft unverständlichen Urteilen, die Verharmlosung oder Leugnung der Verbrechen im Dritten Reich, die Weigerung, Opfer des Nationalsozialismus auch durch äußere Zeichen der Erinnerung und Mahnung als solche zu respektieren, weil - so lautet das Scheinargument - es auch andere Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft gegeben hat, - all das wirft die Frage auf: Müssen wir ehemals Verfolgten uns heute wieder fürchten?

Durch Kranzniederlegungen und andere Gesten bei Gedenktagen wird die Vergangenheit oft mehr verdeckt als zum Bewußtsein gebracht. Viele glauben damit, die Vergangenheit bewältigt zu haben, um sich danach schnell wieder anderen Dingen zuzuwenden. Demokratische Gesinnung wird nicht automatisch durch eine liberale Verfassung und ein pluralistisches Parteiensystem geschaffen. Wo immer Minderheiten, Menschen anderer Religion oder anderer Hautfarbe, als Gastarbeiter oder Asylsuchende, mit Geringschätzung oder Feindseligkeit behandelt werden, ist dies ein Angriff auf die Würde des Menschen. Daher ist der Kampf um Menschenrechte, gegen Diskriminierung, Terror und Mord auch immer ein Kampf gegen den Rassismus.

Rassismus gibt es heute in vielen Ländern, in Ost und West, in Industriestaaten und in Entwicklungsländern, am grausamsten gegenwärtig in Südafrika. Dort beruft sich eine weiße Minderheit auf Gott, um ihre Herrschaft mit brutaler Gewalt zu bewahren. Die Wahl der Mittel, sich gegen diese permanente Grausamkeit zu wehren, muß den schwarzen Südafrikanern allein überlassen bleiben, so wie das auch den Menschen, die dem Hitler-Regime Widerstand leisteten, zugebilligt werden muß. Man kann nicht die Männer des 20. Juli 1944 für ihren Anschlag auf Hitler ehren, die Kämpfer gegen die sowjetischen Okkupanten Afghanistans loben und zur gleichen Zeit der schwarzen Mehrheit gegen ein rassistisches Regime Gewaltlosigkeit predigen. Das ist Heuchelei. Diktaturen und rassistische Regime können nicht durch Appelle, und seien sie noch so wohlmeinend, beseitigt werden. Das müßten die Politiker inzwischen gelernt haben.

Die Rückbesinnung auf die Rassengesetze in Deutschland, ihren geschichtlichen Hintergrund und ihre Konsequenzen ist von aktueller Bedeutung. (-/20.9.1985/vo-he/rs)

+ + +

